



# Sichtachse

## Potsdamer

## Im Rückblick: Die SVV vom 4. Dezember 2013

Die letzte Sitzung im Jahr 2013 fand ihren Höhepunkt im aktuellen Bericht des Oberbürgermeisters (OB), dem sich eine Aussprache über seine Gespräche mit der Schlösserstiftung Preußischer Schlösser und Gärten (SPSG) anschloss.

Inhalt dieser Gespräche sollte die Aufhebung oder eine Neuverhandlung über den zwischen der Stadt Potsdam und der SPSG geschlossenen Vertrag über die Zahlung von jährlich einer Million Euro zur Vermeidung eines Parkeintritts für die nächsten fünf Jahre sein.

Die CDU/ANW forderte – gemeinsam mit der FDP – in einem Dringlichkeitsantrag, dem OB ein Mandat für weitere Gespräche mit der SPSG zu erteilen. Der Dringlichkeitsantrag wurde mit den Gegenstimmen der Linken und der SPD abgelehnt und erhielt somit auch im normalen Geschäftsgang keine Mehrheit. Wir sind der Meinung, dass der Vertrag, dem unsere Fraktion ursprünglich zugestimmt hatte, zwingend neu verhandelt werden muss. Warum der OB nicht das erforderliche Mandat von der SVV dafür haben wollte, ist nicht nachvollziehbar.

Sollte der Vertrag Bestand haben, ist die Verwaltung zu einer Haushaltssperre gezwungen. Eine Gegenfinanzierung der laut Vertrag fälligen eine Million Euro pro Jahr, gibt es nach der Ablehnung einer Bettensteuer bzw. einer Tourismusabgabe nicht.

Die Straßenreinigungs- und Winterdienstsetzung der Landeshauptstadt ging diesmal – ohne die in den vergangenen Jahren sich zuspitzenden Differenzen zwischen Verwaltung und den Stadtverordneten – geräuschloser über die Bühne. Sie wurde mit großer Mehrheit befürwortet.

Unverständlich war die Ablehnung des CDU/ANW Antrages einen Ideenwettbewerb zur Außengestaltung der Brandmauer am Bildungsforum auszuschreiben. Wir werden die Gestaltung dieser Mauer weiter im Auge haben und diesen Antrag eventuell neu einbringen.

Unser Antrag, einen Kreisverkehr an der Kreuzung „Forststraße/Werderscher Damm/Am Wildpark“ auszubauen, wurde in den Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen überwiesen.

Der vom OB eingebrachte Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020 wurde in alle Ausschüsse und Ortsbeiräte überwiesen. Dieser Plan wird uns in den nächsten Wochen und Monaten nicht nur begleiten, sondern all unsere Kraft und Anstrengung erfordern, ihn umzusetzen. Wir müssen Prioritäten setzen für Schulneubauten. Dazu ist eine rechtzeitige Einbeziehung der Eltern ebenso notwendig, wie dem Bevölkerungszuwachs im Potsdamer Norden Rechnung zu tragen.

Zum Schluss möchte ich auf das Stadtentwicklungskonzept Verkehr hinweisen. Dieser Antrag der Verwaltung wurde noch einmal in die entsprechenden Ausschüsse überwiesen.

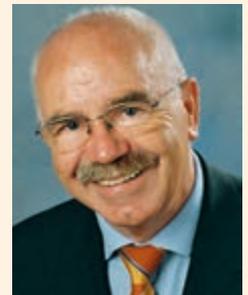
Für uns ist ein Knackpunkt in diesem Konzept die Freihaltung der ISES und auch die Überlegung, einen dritten Havelübergang im Plan zu haben.

Ich bedanke mich – selbstverständlich auch im Namen der Fraktion – bei Ihnen, den Leserinnen und Lesern der Potsdamer Sichtachse für Ihr Interesse und wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein gutes neues Jahr. Schon jetzt freue ich mich auf ein spannendes politisches Jahr 2014.

*Horst Heinzel*

## Kolumne

### Potsdam – Stadt der Vielfalt



Der Wiederaufbau der Potsdamer Mitte, die Entwicklung der Gartenstadt Drewitz, die Entwicklung im Potsdamer Norden und die weitere Integration der neuen Ortsteile bestimmten das Jahr 2013.

Potsdam ist eine Stadt mit überdurchschnittlichem Wachstumspotential – manchmal aber auch eine Stadt mit schier unüberwindlichen Problemen.

Potsdam – eine Stadt mit einem Landtagschloss und einem Hotel Mercure.

Potsdam – eine Stadt mit einer barocken Innenstadt und einem landwirtschaftlich geprägten Umfeld.

Potsdam – eine Stadt zum Verlieben – manchmal, aber nicht immer.

In diesem Spannungsfeld voller Herausforderungen muss die CDU/ANW-Fraktion immer wieder ihre Entscheidungen neu überdenken und zum Gesamtwohl der Stadt überzeugend darstellen und die entsprechenden Mehrheiten gewinnen.

*Fortsetzung Seite 2*

## Impressum

### Herausgeber:

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam  
Stadthaus, Raum 3.093  
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam  
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

### Gesamtherstellung:

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

### V. i. S. d. P.

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin  
Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich



Mehr Infos zu aktuellen Themen sowie alle Antragstexte finden Sie unter

**[www.cdu-fraktion-potsdam.de](http://www.cdu-fraktion-potsdam.de)**

## Ein Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Sporthallenfuschs ist unabdingbar



Potsdam erlebt den nächsten Bauskandal. Am 3. Dezember 2013 gab die Stadt bekannt, dass die Hallen am Luftschiffhafen sofort zu schließen sind. Der CDU-Kreisverband Potsdam fordert zu den Hintergründen der Mängel – die zur Sperrung der Hallen geführt haben – die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Es drängt sich der Eindruck auf, dass der SPD und der LINKEN an einer lückenlosen Aufklärung nicht gelegen sei. Errichtet wurden die Leichtathletik- und Schwimmhalle zwischen 1976 und 1979. In den Jahren 2000 und 2003 wurden beide Hallen für rund 25 Millionen Euro saniert. In die Sanierung der Dächer floss jedoch nur ein kleiner Teil der Mittel. 2009 übernahm die Luftschiffhafen GmbH die Hallen von der Stadt und ließ während der Übernahme eine Statiküberprüfung durchführen. Auf Empfehlung der Konferenz der Bauminister der Länder sollte – nach dem Unglück von Bad Reichenhall – regelmäßig eine Überprüfung von öffentlichen Gebäuden erfolgen. Die frisch sanierten Hallen wurden hinten angestellt und zunächst ältere Gebäude einer Prüfung unterzogen. Erst 2012 ist ein Prüfauftrag für die beiden großen Hallen ergangen. Im Oktober 2012 gab das beauftragte Statikbüro die Empfehlung, die Hallen ab einer Schneehöhe von 15 Zentimetern zu schließen. Daraufhin wurden die Hallen am Dachtragwerk nochmals überprüft. Die Ergebnisse lieferten keine neuen Erkenntnisse, jedoch hat sich die Landeshauptstadt Potsdam mit der Bauaufsicht eingeschaltet. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, dass ein nicht einschätzbares Restrisiko bei der Standsicherheit der beiden Hallendächer besteht. Daraufhin wurden beide Hallen sofort gesperrt. Die jetzige, sofortige Sperrung lässt jedenfalls allein den Schluss zu, dass die Nutzer der Sport-

stätten bereits in den letzten Monaten und Jahren akut gefährdet waren. Tausende Sportler, Kinder, Trainer und Eltern waren in Gefahr! Der Oberbürgermeister hat zur Aufklärung eine Kommission eingesetzt, die die Sachverhalte zur Dachproblematik überprüfen soll. Um eine Aufklärung frei von möglichen politischen Einflussnahmen zu gewährleisten, bedarf es aber eines überparteilichen Untersuchungsausschusses. Es ist nicht zu vermitteln, dass das Versagen der Verwaltung durch ebendiese Verwaltung lückenlos aufgeklärt werden soll. Es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob die Verwaltung tatsächlich die Kraft und die Unabhängigkeit aufbringen kann, die Ursachen des eigenen Versagens ohne Rücksicht auf etwaige Konsequenzen aufzuklären.

Die Potsdamer Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wie hoch der Grad der Gefährdung in der Vergangenheit war. Die Potsdamer Sportler verdienen ein Mehr an Transparenz und endlich einen Plan, der eine Perspektive für die Potsdamer Sportstätten aufzeigt. Potsdams Sportler erwarten ein Sportstättenkonzept, das mit ausreichenden finanziellen Mitteln hinterlegt ist. Allein die Mehrausgaben beim Badneubau am Brauhausberg würden für eine grundlegende Sanierung der Potsdamer Sportlandschaft reichen. Die Sportstadt Potsdam muss sich entscheiden, ob sie weiterhin in der Holzklasse unterwegs sein möchte oder mit modernen, sicheren Lösungen den Leistungs- und Breitensport unterstützen will. Als Sportstadt sind wir es allen Sportlern schuldig, denn Leistungs- und Breitensport gehören – insbesondere in der Sportstadt Potsdam – zusammen. Inwiefern weitere Hallen betroffen sind, inwieweit der Rostbefall vorangeschritten ist, kann nur ein überparteilicher Untersuchungsausschuss klären. Die CDU Potsdam fordert den Oberbürgermeister auf, diesen Ausschuss jetzt sofort einzusetzen.

*Katherina Reiche*

### Antrag zur Bildung eines Ausschusses zur Schließung von Sportstätten

Die CDU/ANW-Fraktion hatte zur letzten Hauptausschusssitzung vor Weihnachten einen Antrag einbringen wollen mit dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, einen zeitweiligen Ausschuss zur Aufklärung der Umstände der notwendig gewordenen Schließung der Potsdamer Sportstätten im Luftschiffhafen einzusetzen. Da hier keine Dringlichkeit gesehen wurde, wird der Antrag im Januar in die SVV eingebracht. Die CDU/ANW-Fraktion hält diesen Antrag für unabdinglich, denn Sportler, Trainer, Kinder und Eltern, die die Hallen noch bis vor kurzem ahnungslos nutzten, erwarten völlig zurecht, dass der

zeitweilige Ausschuss transparent und umfassend die Ursachen, die zur plötzlich notwendig gewordenen Schließung der Hallen führten, aufklärt.

Notwendig ist ein überparteiliches, mit Stadtverordneten besetztes Gremium, das durch die Verwaltung gemäß Kommunalverfassung unterstützt wird. Dabei geht es um schnellstmögliche Aufklärung aller relevanter Fragen zur damaligen Hallensanierung im Luftschiffhafen. Die Schwere der Vorwürfe erfordert eine gründliche Aufklärung aller Umstände der damals notwendigen Hallensanierung.

*Horst Heinzel*

Fortsetzung von Seite 1

Die CDU/ANW-Fraktion ist dann am erfolgreichsten, wenn sie in enger Abstimmung mit dem Kreisvorstand, den Ortsverbänden und in erster Linie mit unserer Kreisvorsitzenden Katherina Reiche in engem Meinungsaustausch steht. Die Fraktion bezieht alle interessierten Mitglieder in ihre Arbeit ein. Wir informieren mit der Potsdamer Sichtachse. Wir bitten bei anstehenden Entscheidungen die betroffenen Organisationen um ihre Meinung. Wir sind der Auffassung, je mehr Potsdamerinnen und Potsdamer wir in unsere Fraktionsarbeit einbinden, umso mehr werden unsere Entscheidungen mitgetragen.

Wir wissen, dass die Stimmenmehrheit eine Entscheidung legitimiert, aber nicht immer den Sieg über die Vernunft bedeutet.

Gemeinsam mit der Verwaltung stehen wir in den kommenden Wochen und Monaten vor neuen Herausforderungen: Schulentwicklungsplan, Parkeintritt ja oder nein, Badneubau, jetzt sogar einstürzende Dächer im Luftschiffhafen und die Umsetzung eines Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr. Schuldzuweisungen des Oberbürgermeisters Jann Jakobs, besonders in Richtung CDU wegen deren „falschen Abstimmungsverhaltens“ zur Bettensteuer, der meint, eine Haushaltssperre verhängen zu müssen, sind da nicht hilfreich. Sie lassen Souveränität vermissen und sind ein Zeichen von Schwäche. Eine Haushaltssperre kann unserer Auffassung nach auf jeden Fall nicht die einzige Lösung sein.

*Horst Heinzel*

### Presseinformation

#### CDU/ANW für neue Schule im Potsdamer Norden

Der Bevölkerungszuwachs im Potsdamer Norden macht es erforderlich, prioritär dort für einen Zuwachs an Schulplätzen zu sorgen. Neben Erweiterungen bestehender Schulbauten ist ein Schulneubau zwingend notwendig. Bis 2017 müssen im Potsdamer Norden ausreichend Kapazitäten für eine bedarfsgerechte Beschulung geschaffen werden. Die CDU/ANW-Fraktion plädiert dafür, dass der Schulneubau im Potsdamer Norden durch die Pro Potsdam realisiert werden soll. Ein Schulneubau durch die Pro Potsdam bezieht ausdrücklich das „Potsdamer Modell“ ein. Das „Potsdamer Modell“ sieht die aktive Beteiligung von Schulen in freier Trägerschaft zur Lösung des Problems der Schulknappheit vor. Der Fraktionsvorsitzende Horst Heinzel sagt dazu: „Der KIS sollte sich mit aller Kraft weiter auf die Sanierung städtischer Schulen und Einrichtungen konzentrieren.“

## Straßenreinigung und Winterdienst



Erstmals nach vielen Jahren wurde die Satzung für Straßenreinigung und Winterdienst in der Dezember SVV ohne Gegenstimme beschlossen. erinnert sei daran, dass im Dezember 2011 noch eine Sondersit-

zung erforderlich war, da die Verwaltungsvorlage in der regulären Dezembersitzung nicht mehrheitsfähig war, das heißt, dass hier noch eine kurzfristige Überarbeitung erforderlich war. Kern des Streits zwischen Stadtverwaltung und Stadtverordneten war die Frage, ob alle für eine Mischreinigung (maschinell und Handreinigung) zahlen sollen oder nur die Anlieger der jeweils betroffenen Straßen. Hier haben sich die Stadtverordneten durchgesetzt: Gezahlt wird nur für die Leistung, die in der jeweiligen Straße erbracht wird.

Im Jahr 2012 ging der Streit zwischen Stadtverordneten und Verwaltung darum, ob alle Anliegerstraßen im Stadtgebiet gleich eingestuft werden müssen. Aus der Forderung der Stadtverordneten, insbesondere in den Ortsteilen,

die Anliegerstraßen weiterhin von den Anliegern reinigen zu lassen (Reinigungsklasse 6 ohne Gebühren), leitete die Verwaltung ab, dass dann wegen der Gleichbehandlung im gesamten Stadtgebiet, also auch in den Plattenbaugebieten die Anliegerstraßen durch die Anlieger gereinigt werden müssten. Hier wurde für 2013 eine Übergangsregelung vereinbart. Es wurden alle betroffenen Anlieger durch die Verwaltung angeschrieben. Wo es keine Anliegermehrheit angeschrieben. Wo es keine Anliegermehrheit angeschrieben. Wo es keine Anliegermehrheit angeschrieben.

Auf der Grundlage der in 2012 und 2013 beschlossenen Verfahrensweise und der Ergebnisse der Anliegerbeteiligung gab es im Umweltausschuss im November noch einige Änderungen mit denen alle Streitpunkte ausgeräumt werden konnten. Einen besonderen Dank für die konstruktive Zusammenarbeit möchte ich hier an den Bereich Grün- und Verkehrsflächen richten, in dessen Verantwortung diese Satzung erstmals erstellt wurde.

Ein Hauptthema bleibt immer die Gebührenhöhe. Hier besteht allerdings wenig Gestaltungsspielraum. Die Leistungen Straßenreinigung

und Winterdienst wurden im Ergebnis einer Ausschreibung vergeben. Laut Kommunalabgabengesetz, in Verbindung mit dem Brandenburgischen Straßengesetz, sind 75% der anfallenden Kosten auf die Anlieger umzulegen. Die Gebührenhöhe ergibt sich dabei aus einer Kalkulation für das entsprechende Jahr und einem Ausgleich entsprechend der IST-Abrechnung des abgeschlossenen Vorjahres. In die Gebühren 2014 fließt damit die IST-Abrechnung aus 2012 ein, was besonders beim Winterdienst gegebenenfalls zu erheblichen Gebührenschwankungen von einem Jahr zum nächsten führt. So war die Gebührenerhöhung vom Jahr 2012 auf 2013 teilweise erheblich, was sich bei vielen Bürgern in der Abrechnung zeigt und für viele nicht nachvollziehbar erscheint. Allerdings ließ sich die Gebührensteigerung aufgrund erhöhter Aufwendungen für den Winterdienst nicht vermeiden. Die Steigerung hier vom Jahr 2013 auf 2014 ist dagegen ausgesprochen gering. Eine Satzung kann nie allen Wünschen gerecht werden. Aufgrund umfangreicher Änderungen in den letzten beiden Jahren wird hier künftig wahrscheinlich auch noch Nachsteuerungsbedarf bestehen. Dem wird sich die nächste SVV stellen müssen.

*Klaus Rietz*

## Stadtentwicklungskonzept (STEK) Verkehr

Das STEK Verkehr beschreibt die mittelfristig vorgesehenen Maßnahmen der Verkehrsentwicklung bis zum Jahr 2025. Bereits 2007, 2009 und zuletzt 2012 beauftragte die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung zur Fortschreibung des STEK Verkehr. Grundlage sollte u.a. die gleichberechtigte Prüfung aller Verkehrsarten (paritätischer Ansatz) sein. Von der Verwaltung wurde erwartet nach Prüfung von Einzelwirksamkeiten verkehrstechnischer Maßnahmen ein Gesamtkonzept vorzulegen. Der erste Entwurf der Verwaltung wurde im Juni 2012 von den Stadtverordneten zurückgewiesen, da er zu einseitig war und nicht hinreichend der Aufgabenstellung entsprach. Insbesondere gab es eine zu einseitige Ausrichtung auf den Radverkehr und eine Benachteiligung des motorisierten Individualverkehrs (MIV). Eine Verringerung des Autoverkehrs sollte danach nicht durch attraktivere Umsteigemöglichkeiten auf den ÖPNV sondern fast ausschließlich durch Erschwerung des Autoverkehrs erfolgen. Zu diesem Ansatz passt die Aussage des Baubeigeordneten, Matthias Klipp, am 10.12.2013 im Bauausschuss, wo er sagte „wir werden den MIV zivilisieren“. Zu erwartende Verkehrsentlastungen durch einen 3. Havelübergang oder die ISES wurden entgegen dem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung in dem im Dezember vorgelegten von der Verwaltung überarbeiteten Entwurf weiterhin nicht berücksichtigt. Als Rechtfertigung gab Herr Klipp dazu an, dass es im Bauausschuss eine diesbezügliche Abstimmung gab (die Entscheidung viel denkbar knapp aus – mit einer Stimme Mehrheit). Auf Grund dieser

Abstimmung sei die Auswirkung eines 3. Havelüberganges und einer ISES nicht weiter untersucht worden. Man darf davon ausgehen, dass dem Beigeordneten klar ist, wer ihm Aufträge erteilen bzw. Aufträge der SVV abändern darf. Der Bauausschuss ist unbestritten ein wichtiger Ausschuss der SVV, er ist aber anders als der Hauptausschuss und der Jugendhilfeausschuss kein beschließender Ausschuss, das heißt, er kann nur Empfehlungen geben. Daraus folgt, dass der Bauausschuss keine von der SVV erteilten Aufträge abändern kann. Auch an dieser Verfahrensweise wird die einseitige Ausrichtung der Verwaltungsvorlage deutlich. Eine gleichberechtigte Prüfung aller Verkehrsarten war hier offensichtlich von Anfang an nicht gewollt. Dies entspricht im Übrigen ja auch der aktuellen Verkehrssteuerung die jeder täglich in Potsdam erleben kann.

Wir teilen die Auffassung, dass zur Verringerung der Pendlerverkehre gemeinsame Strategien mit den Umlandgemeinden erarbeitet werden müssen. Diese wurden bereits in den oben genannten SVV – Beschlüssen aus 2007 und 2009 beauftragt. Leider ist festzustellen, dass auch in der aktuellen Version der Fortschreibung des STEK Verkehr (11/2013) dazu bis zur Dezember SVV keine Ergebnisse vermittelt wurden. Es ist jedenfalls zutiefst bedauerlich, dass es offenbar bisher nicht gelungen ist, zwischen der LHP und den Umlandgemeinden vernetzte Verkehrskonzepte zu entwickeln, obwohl in den Hauptstoßzeiten mehr als 50 % des MIV durch Berufspendler verursacht werden. Verärgerungen über die Pfortnerampeln waren damit vorpro-

grammiert. Die CDU/ANW-Fraktion tritt auch weiterhin für die Stärkung des Umweltverbundes ein. Auch wir sehen darin die Chance, Umwelt – Belastungen, verursacht durch den MIV wie Lärm, Emissionen von Stickstoffoxiden (NOx) und Feinstaub (PM 10) zu reduzieren. Auch der weitere Ausbau des Radwegenetzes findet unsere Unterstützung. Hier gilt für uns aber auch, dass gesetzlich vorgeschriebene Fahrbahnbreiten für den motorisierten Verkehr einzuhalten sind. Einer uneingeschränkten Priorisierung des Radverkehrs stimmen wir nicht zu. Uns überzeugen auch nicht die Annahmen im Konzept, die eine Steigerung des Radverkehrs innerhalb des Modal Split von jetzt 24 % auf eine Zielgröße von 30 % nachhaltige Mobilität voraussagen, wobei dies im Winterhalbjahr selbst bei optimistischster Annahme unrealistisch ist.

Tempo 30-Zonen auf Hauptverkehrsstrassen halten wir für bedenklich, denn hier gilt es genau die Vorteile und Nachteile gegeneinander abzuwägen. Lärminderung einerseits vs. Erhöhung von PM 10 und NOx-Werten, die durch ineffiziente Verbrennung von Kraftstoffen in den Motoren, technisch bedingt, bei diesem Tempo in erhöhtem Umfang entstehen.

**Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung, dass die ISES und die Havelspanne als Option erhalten bleiben müssen. Hier hat die LHP die Pflicht beim Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft einen entsprechenden Bedarf anzumelden, damit der 3. Havelübergang weiterhin im Bundesverkehrswegeplan beinhaltet bleibt.**

*Klaus Rietz*

## Ausblick auf das Jahr 2014

### Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer!

Noch schenkt uns die Vorweihnachtszeit Momente des Innehaltens, der Besinnung, der Vorfriede. Wir verspüren eine tiefe Sehnsucht nach Harmonie und mancher träumt vom Weihnachtsfest seiner Kindertage, fernab von allen Sorgen und Ängsten, die uns heute plagen, sei es die Sorge um den Arbeitsplatz, die Gesundheit, die Angst vor dem Verlust geliebter Menschen.

Vor uns liegt ein neues Jahr mit all seinen Versprechungen, mit seinen Risiken aber auch seinen Chancen. Hoffnung, Befürchtungen und Herausforderungen halten sich die Waage.

Die Fertigstellung des Landtagsschlosses, damit verbunden der Umzug des Landesparlamentes, setzt einen ersten herausragenden Leuchtturm bei dem Wiederaufbau der Potsdamer Mitte. Ich bin davon überzeugt, dass wir im Jahr 2014 die nächsten sichtbaren Veränderungen wahrnehmen werden.

Der Neubau eines Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg nimmt Gestalt an. Baukräne stehen an allen Enden dieser

Stadt. Das sind auch die äußeren Zeichen einer schnell wachsenden Stadt. Daraus entstehen große Herausforderungen für die Verwaltung und für uns Stadtverordnete. Ein Schulentwicklungsplan untersetzt mit einem finanziellen Volumen von 160 Mio. EUR muss umgesetzt werden. Die CDU/ANW-Fraktion setzt hier die Prioritäten für Schulneubauten im Potsdamer Norden, ein sich immer schneller entwickelnder Stadtteil von Potsdam. Staatliche Schulen, aber auch freie Schulträger sollten hier mit eingebunden werden. Neben den Neubauten von Schulen gilt es auch weiterhin die Sanierung der Potsdamer Schulen, die Sporthallen und die Sportflächen für den Schul- und Breitensport voran zu bringen. Die Verkehrsinfrastruktur für Potsdam muss intelligent und zielführend gestaltet werden.

Die Weiterentwicklung der seit 2003 eingemeindeten Ortsteile wird von der CDU/ANW-Fraktion auch im Jahr 2014 einen hohen Stellenwert einnehmen. Potsdam baut an einer wunderbaren Innenstadt. Die anderen Potsdamer Stadtteile verdienen aber die gleiche Aufmerksamkeit.

Sie können sich darauf verlassen das die CDU/ANW Fraktion sich diesen Herausforderungen im Jahr 2014 mit all Ihrem Wissen stellt, getragen von der inneren Überzeugung für alle Potsdamerinnen und Potsdamer eine lebenswerte Stadt zu verwirklichen.

Wir nehmen dabei Ihre Sorgen und Ängste ernst und greifen gerne Ihre Anregungen und Ideen auf. Gemeinsam – das zeigen inzwischen viele Beispiele – können wir zukunftsgerichtete Aufgaben besser lösen und voran bringen. Ich danke allen, die uns bei unserer nicht immer leichten Arbeit unterstützen und unterstützt haben. Mein Dank gilt vor allem den vielen Menschen, die mit ihrem ehrenamtlichen Engagement wertvolle Arbeit für unser Gemeinwesen leisten, sei es im sozialen oder im kirchlichen Bereich, in den Vereinen in den Bildungseinrichtungen oder in unseren Rettungsdiensten. **Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie – im Namen der gesamten Fraktion CDU/ANW – für das Jahr 2014 viel Glück, Gesundheit und Gottes Segen.**

*Horst Heinzel*

*„Monde und Jahre vergehen,  
aber ein schöner Moment leuchtet das Leben hindurch.“*

*(Franz Grillparzer)*

**Herzliches  
und fröhliches,  
aber auch besinnliches  
Weihnachtsfest mit ein paar  
stillen Momenten und ruhigen Tagen,  
mit Zeit für Liebe und Freundschaften, für  
Familie und alles, was einem lieb ist. Gemeinsamkeiten  
genießen, in weihnachtlichen Düften schwelgen, Zeit haben,  
gegenwärtig sein, den Augenblick auskosten und sich ganz dem  
Sein der Zeit überlassen ohne sich mit unnötigen Gedanken an ein  
Morgen zu verlieren, das noch nicht da ist. Einfach nur sein und sich mit  
diesem Sein vertrauensvoll dem Kommenden hingeben, ohne Angst,  
aber mit viel Freude und Leidenschaft für das, was wir gerade tun.  
Glück und Gesundheit kommen dann von ganz alleine.  
Fröhliche Weihnachtsfeiertage und  
viel Erfolg und Gesundheit im neuen Jahr!**

*(Monika Minder)*